

Zentrale Fragestellung:

**Geht die Nutzung eines digitalen Angebots mit der
Verarbeitung personenbezogener Daten einher?**

Wenn nein, dann sind keine datenschutzrechtlichen Vorgaben zu beachten.

Wenn ja, dann sind (auch) datenschutzrechtliche Vorgaben zu beachten.

Aber: Nicht immer ist die Verarbeitung personenbezogener Daten direkt ersichtlich!!!

Was sind personenbezogene Daten?

Beispiele im Kontext des Einsatzes digitale Medien/Apps/Onlinediensten:

- *Verwaltungsdaten/Anmeldedaten*
 - Name, Vorname, E-Mailadresse, Klassenzugehörigkeit (indirekt)
- bei der Nutzung anfallende *technische personenbezogenen Daten*
 - Protokolldaten
 - IP-Adresse des Endgerätes / Internetzugangs
 - Datum und Uhrzeit von Anmeldevorgängen,
 - Browser- und Betriebssystemkennungen von privaten Endgeräten, Geräte-Ids
 - Gerätedaten und Berechtigungen
 - Eindeutige Geräte-ID
 - Standortdaten
 - Zugriffsberechtigungen auf Kontakte und/oder Fotos
- *Nutzungsdaten*
 - Nachrichten zwischen Benutzenden, Kalendereinträge
 - Beiträge und Kommentare in Diskussionsforen,
 - Bewertungen
 - Dokumente, Präsentationen, Videos, Bilder, Hausaufgaben

**„Die Nutzung muss im Vorwege (auch) aus
Datenschutzsicht beleuchtet werden um einen
rechtmäßigen Einsatz zu gewährleisten“**

**Die Schule hat hierzu die erforderlichen Prüf- und
Dokumentationspflichten zu erfüllen!**

Szenarien für die Nutzung/den Betrieb digitaler Lehr- und Lernmittel (mit Verarbeitung pbD)

- Bewertung aus Datenschutzsicht -

Voraussetzungen für Lehr- und Lernmittel nach § 127 SchulG

Einsatz automatisierter Verfahren in Schule nach § 11-13 SchulDSVO

Auftragsverarbeitung nach Art. 28 DSGVO i. V. m. § 12 SchulDSVO

Dokumentationspflichten nach Artikel 5 Abs. 2 DSGVO und § 7 LDSG

Nutzung von IT-Anwendungen in/durch Schule

§ 127 SchulG – Lehr- und Lernmittel

Lehr- und Lernmittel müssen zur Erreichung der pädagogischen Ziele der Schule (§ 4) geeignet sein und der Erfüllung des Bildungsauftrags der einzelnen Schulart dienen.

Sie dürfen allgemeinen Verfassungsgrundsätzen und Rechtsvorschriften nicht widersprechen.



Vor Inbetriebnahme einer IT-Anwendung oder der Nutzung eines digitalen Lernangebots ist zu prüfen und **sicherzustellen**,

- dass dabei **alle aktuell gültigen Rechtsnormen erfüllt** werden.
 - **schulgesetzliche- und datenschutzrechtliche** Regelungen
 - den **Jugendschutz** betreffende Vorschriften
 - ggf. **urheberrechtliche** Vorschriften
- ggf. notwendige Genehmigungen des MBWK vorliegen.

Die einfachste Variante 😊!

Landeslösungen (MBWK als zentrale Stelle)

- Keine datenschutzrechtliche Prüfung durch die Schule notwendig
 - Dokumentations- und Informationspflicht durch Schule zu erfüllen
- > Bereitstellung von Musterdokumenten durch das IQSH



Das kleinere Übel...

Lokale Nutzung von IT-Anwendungen (**eigene Server**)

- Datenverarbeitung erfolgt elektronisch (**Automatisierte Verfahren**)
- **Verarbeitung von personenbezogenen Daten der Betroffenen**
- in Schulverwaltung
oder
- in pädagogisch-didaktischen Anwendungen



Dokumentationspflichten der Schule:

- Verarbeitungsdokumentation zum Nachweis der Einhaltung des Datenschutzes
- Test und Freigabeprotokoll
- Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten
- Festlegung und Dokumentation von technischen und organisatorischen Maßnahmen (TOMs, Art. 32 DSGVO)

Der worst-case...

Dezentrale Nutzung von IT-Anwendungen (fremde/entfernte Server)

- Es werden **personenbezogenen Daten** der Betroffenen verarbeitet
- die Datenverarbeitung findet **nicht lokal** statt
- Für die Verarbeitung wird ein **externer Dienstleister** beauftragt



Auftragsverarbeitung (Art. 28, 29 DSGVO)



§§ 12 – 14 Schul-Datenschutzverordnung SchulDSVO vom 18. Juni 2018
-> ggf. Genehmigung durch MBWFK erforderlich!

Welche Aufgaben hat die Schule zu erfüllen?

- Genehmigung im MBWFK einholen, sofern das Verfahren der Schulverwaltung zuzuordnen ist (bspw. digitales Klassenbuch)
- Abschluss des **Auftragsverarbeitungsvertrages** (Art. 28 DSGVO) mit dem Dienstleister **nach technischer Prüfung des Verfahrens** (nicht bei Landeslösungen, Eigenbetrieb, Educheck)
- **Dokumentation** (durch die Schule zu erstellen, sofern keine Landeslösung)
 - Erstellung einer Verarbeitungsdokumentation nach den Hinweisen/Vorlagen des ULD
 - Aufnahme des Verfahrens in das Verzeichnis der Verarbeitungstätigkeiten
 - Entwurf und Bekanntgabe einer Nutzungsordnung für SuS
 - Entwurf und Bekanntgabe einer Dienstanweisung für LuL
 - Datenschutzrechtliche Informationen nach Artikel 13 für alle Beteiligten
 - Technische und organisatorischen Maßnahmen (TOMs, Art. 32 DSGVO)
- Schulkonferenzbeschluss und ggf. Beteiligung der örtlichen Personalvertretung
- Schulungen für die Mitarbeitenden

Dezentrale Nutzung von IT-Anwendungen (fremde Anbieter/entfernte Server)

Prüfpflicht der Schule bei Auftragsverarbeitung (Art. 28 DSGVO)

„Erfolgt eine **Verarbeitung im Auftrag eines Verantwortlichen (Schule)**, so arbeitet dieser **nur mit Auftragsverarbeitern**, die **hinreichend Garantien dafür bieten**, dass **geeignete technische und organisatorische Maßnahmen** so durchgeführt werden, dass die **Verarbeitung im Einklang mit den Anforderungen dieser Verordnung** erfolgt und den **Schutz der Rechte der betroffenen Person** gewährleistet.“



Eine Prüfung des Auftragnehmers ist anhand von durch diesen bereitgestellten Dokumenten (auf der Webseite/auf Anforderung) durchzuführen.

Es ist dabei festzustellen, ob **Vertrauenswürdigkeit**, IT-Sicherheit und **Zuverlässigkeit** gewährleistet und die grundsätzlichen **Vorgaben der DSGVO** eingehalten werden.

Dezentrale Nutzung von IT-Anwendungen (fremde Anbieter/entfernte Server)

Prüfpflicht der Schule bei Auftragsverarbeitung (Art. 28 DSGVO)

Welche Kriterien muss der Auftragnehmer mindestens erfüllen?

- Der **Anbieter** muss **aus** einem **EU/EWR-Staat** oder einem Staat, für den ein Angemessenheitsbeschluss existiert, stammen. Für die USA existiert ein solcher nicht.
- Die **Verarbeitung** der Daten muss ebenfalls **in einem EU/EWR-Staat** erfolgen (Standort von Rechenzentren!)
- Es dürfen **keine Subunternehmer aus nicht EU/EWR-Staaten** eingesetzt sein (bspw. Google, US-Hostinganbieter, etc.).
- Der Anbieter muss eine **DSGVO-konforme Datenschutzerklärung** für den angebotenen Dienst bereitstellen (eine allgemeine DS-Erklärung zur Webseite genügt nicht).
- Der Anbieter muss den Abschluss eines **Auftragsverarbeitungsvertrages (AVV)** ermöglichen.
- Der Anbieter muss **Auskunft** über seine technischen-und organisatorischen Maßnahmen geben

Dezentrale Nutzung von IT-Anwendungen (fremde Anbieter/entfernte Server)

Welche Inhalte muss der AVV enthalten?

- Zusicherung, dass die Verarbeitung nur auf Weisung des Verantwortlichen (Schule) erfolgt.
- Zusicherung, dass keine Verarbeitung durch den Auftragnehmer zu eigenen Zwecken erfolgt
- Standardklauseln, die dem Auftraggeber die notwendige Unterstützung zusichert bei
 - Wahrung von Betroffenenrechten
 - Meldung von Datenpannen
 - Ausübung der Kontrollbefugnis zur Überprüfung der TOMs beim Auftragnehmer
- Festlegung, wie die Datenrückgabe/Löschung am Vertragsende erfolgt
- Liste aller Subunternehmer mit der beauftragten Funktion und dem Verarbeitungsort
- Beschreibung der TOMs / IT-Sicherheitskonzept als Anhang zum AVV
- Zusicherung, dass das Verfahrensverzeichnis und Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten auf Nachfrage vorgelegt/eingesehen werden kann.
- Ergänzend sind Zertifikate zum Nachweis der IT-Sicherheit hilfreich (bspw. ISO27001)

Dezentrale Nutzung von IT-Anwendungen (fremde Anbieter/entfernte Server)

Welche Vorgaben muss das Produkt/der Dienst erfüllen?

- Die für den Betrieb erforderlichen Daten dürfen den zulässigen Umfang nicht überschreiten (SchulDSVO § 11 Abs. 4 und Anlage 2).
- Der Dienst muss ein **Sicherheitsniveau** nach dem **Stand der Technik** aufweisen, welches Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität sicherstellt (Art. 25 und 32 DSGVO)
- Sicheres Anmeldeverfahren + **Rechte-** und **Rollenkonzept**
- Der Administrator muss jederzeit **Zugriff** auf die App/Software haben
 - Benutzerverwaltung/Sperrkonzept,
 - Löschkonzept,
 - Protokollierungskonzept.
- ...

Grundlegende Prüfkriterien aus datenschutzrechtlicher Sicht

- **Werden überhaupt personenbezogene oder personenbeziehbare Daten verarbeitet?**
 - Beispiele
 - Es wird ein persönliches Login benötigt.
 - Es muss ein Benutzerkonto eingerichtet werden.
 - Die Nutzerinnen speichern persönliche Informationen in Dokumenten u.Ä.. Z.B. Namen, zuordbare Arbeitsergebnisse,
- Erfolgt die Nutzung auf **schuleigenen Geräten** oder ist auch eine Nutzung **privater Endgeräte** (BYOD) vorgesehen?
- Werden die grundsätzlichen Vorgaben zur **Herkunft und Standort des Anbieters** eingehalten (siehe Folie 21)
- **Wichtig:**
 - Bei der Nutzung mit privaten Endgeräten und/oder im privaten Umfeld werden technische Daten mit Personenbezug verarbeitet!
 - Auch bestimmte Berechtigungen von Apps (Standort, Gerätedaten etc.) können eine Sammlung von pbD auslösen

Leitfragen zur Bewertung aus datenschutzrechtlicher Sicht:

- Lassen sich Informationen über die Zuverlässigkeit des Anbieters ermitteln, z.B. durch eine Recherche im Internet?
- Hat der Anbieter eine Webseite?
- Gibt es auf dieser Webseite eine verständliche Datenschutzerklärung?
- Sind in dieser Datenschutzerklärung auch konkrete Aussagen zum Produkt oder nur zur Webseite enthalten?
- Enthält die App selbst Hinweise zum Datenschutz?
- Sind die AGB/Nutzungsbedingungen abrufbar?
- Wo werden während der Nutzung Daten gespeichert (online/lokal)?
- Haben die Anwender Einfluss auf den Speicherort?
- Haben Nutzerinnen des Gerätes Zugriff auf die gespeicherten Daten anderer Personen?
- Lassen sich die Funktionen der App nur nutzen, wenn man personalisiert angemeldet ist?
- Welche Rechte fordert die App bei der Installation an? Wird begründet, weshalb?
- Welche Geräteinformationen sammelt die App, selbst wenn keine Anmeldung notwendig ist?

Weitere Informationen und Vorlagen (Kategorie @Onlinedienste/Digitale Medien)



<https://medienberatung.iqsh.de/praxisleitfaden-datenschutz.html>

<https://schuldatenschutz.schleswig-holstein.de/?view=portal&subView=portalFAQ&category=14>

